



Nr. 247.

Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

93. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Im Oberamtsbezirk Calw für die einseitige Seite 12 Pfg., außerhalb desselben 15 Pfg., Reklamen 30 und 35 Pfg. Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. Bezugspreis 2.

Montag, den 21. Oktober 1918.

Bezugspreis: In der Stadt mit Tragelohn Mt. 2.25 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- und Nachbarortserwerb Mt. 2.15, im Fernvertrieb Mt. 2.25. Postgebühren in Württemberg 30 Pfg.

# Unverschämte Antwort Wilsons an Oesterreich-Ungarn.

## Zur Verzögerung der Antwortnote.

### Vor dem Abgang der deutschen Antwort an Amerika.

Berlin, 21. Okt. Die Parteiführer des Reichstags waren zu gestern mittag 12 Uhr zusammenberufen worden, um von dem Entwurf der deutschen Antwort an Wilson in Kenntnis gesetzt zu werden. Da jedoch, so schreibt der „Berliner Lokalanzeiger“, um diese Zeit erst der Bundsratsausschuss für auswärtige Angelegenheiten zusammentrat, so mußte die Besprechung verschoben werden. Um 2 Uhr nachmittags versammelten sich dann die Parteiführer und je ein führendes Mitglied jeder Fraktion im kleinen Bundsratsaal des Reichstags. Es waren alle Fraktionen vertreten unter Einschluß der Konservativen und der Unabhängigen Sozialdemokraten, jedoch mit Ausnahme der Polen. An die Bekanntgabe des Textes der Note durch Herrn v. Payer schloß sich eine Aussprache, die bis gegen 3 Uhr dauerte. Die Verlesung der Note und die sich anschließende Aussprache waren vertraulich. Nachdem so der Bundsratsausschuss und die Parteiführer des Reichstags Gelegenheit gehabt hatten, sich zu äußern, trat abends das Kriegskabinet nochmals zusammen, um an der Redaktion der Note zu arbeiten.

Der Abfertigung der Note hatten sich in letzter Stunde unerwartete Schwierigkeiten in den Weg gestellt. Es hat sich gezeigt, daß die Annahme der 14 Punkte Wilsons durch die deutsche Regierung in Dänemark und die eventuelle Räumung Belgiens in Holland politische Schritte ausgelöst hat. Eine nochmalige Durchberatung der Antwort wurde dadurch nötig. In einer besonderen Notiz heißt es im „Berliner Lokalanzeiger“, die Antwort sei gestern spät abends nach der Schweiz abgegangen. Der „Vorwärts“ sagt, es stehe fest, daß die Note entgegenkommend lauten und eine völlige Sinnesänderung der leitenden Stellen gegenüber früheren Zeiten zeigen werde. Auf die Beschwerden Wilsons werde in sachlicher Weise eingegangen, über die inneren Reformen des Reichs werde freimütig gesprochen. So wird der neue Schritt der deutschen Regierung für diejenigen jenseits der Grenzen, die für einen Frieden der Versöhnung eintreten und nationalistische Strömungen bekämpfen, eine wesentliche Erleichterung ihrer schweren Aufgabe bringen. Allerdings weisen schon verschiedene Anzeichen darauf hin, daß Wilson vor der Fikt des machtpolitischen Chauvinismus zurückweicht. In der Frage des Waffenstillstands scheint der Sieg der schärferen Richtung vollkommen zu sein, deren Offenheit sich nunmehr gegen die Friedensbedingungen des Präsidenten selbst richtet. Es ergibt sich also eine starke Verschiebung der diplomatischen Front. Während Deutschland die Stellung des Wilson-Programms bezogen hat, rückt die Entente von ihm ab. Bei den Friedensverhandlungen dürfte aber die ruhige Erwägung und die Einsicht in die Unmöglichkeit, Deutschland dauernd wehrlos zu machen, eine stärkere Rolle spielen als das Geschrei der Chauvinistenpresse, und dann wird, wenn er will, Wilsons Stunde gekommen sein. Die „Tägliche Rundschau“ meint: Wir dürfen uns nicht wundern, wenn Wilson seine 14 Punkte, nachdem wir sie angenommen haben, als nicht mehr zeitgemäß beiseite legen und uns neue Bedingungen auferlegen würde, wie sie ihm von Clemenceau und Lloyd George eingeblasen werden.

\*

\* Die Verzögerung der deutschen Antwortnote an Wilson ist nach den Andeutungen der Presse auf zwei Umstände zurückzuführen. Einmal ist uns mitgeteilt worden, daß die Entente mit dem Rückzug der deutschen Armeen aus Belgien einen erhöhten Druck auf Holland ausübt, das man wahrscheinlich zur Aufgabe seiner Neutralität zwingen will, oder zur Gestattung des Durchmarsches der Ententeheere. Die Entente hat aber u. a. auch Grund, Holland für den Krieg zu zetteln; denn jetzt werden die belgischen Ansprüche auf die Scheldemündung wieder aufzuwachen und Amerika wird den indischen Kolonialbesitz Hollands einfordern wollen. Holland ist also in schwieriger Lage. Sodann ist jetzt, da man die Macht Deutschlands sinken glaubt, von dänischer Seite an uns das Ersuchen gestellt worden, einen Grenzausgleich an der dänischen

Grenze herzustellen, und zwar soweit es sich um Gebiete handelt, die von unzweifelhaft dänischer Bevölkerung bewohnt sind. Die dänische Regierung stützt sich dabei auf den Artikel 6 des zwischen Oesterreich und Preußen im Jahre 1866 geschlossenen Friedens, wonach der Kaiser von Oesterreich dem König von Preußen seine im Jahre 1864 erworbenen Rechte auf die Herzogtümer Holstein und Schleswig mit der Maßgabe abgetreten hat, daß die Bevölkerung der nördlichen Distrikte von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen gibt, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden soll. Die dänische Regierung soll ihrem in höflicher Weise erfolgten Wunsch zugesagt haben, daß sie den Treibereien der Entente, ihre Forderungen zu erhöhen, nicht nachzukommen gedenke, sondern daß sie die Fragen in freundschaftlicher Weise mit Deutschland regeln wolle. Die deutsche Regierung soll auch geneigt sein, mit Dänemark zu verhandeln. Die Schriftl.

## Zur Waffenstillstands- und Friedens-Frage.

### Die amerikanische Note an Oesterreich-Ungarn.

Wilson setzt die Tschecho-Slowaken als „Nichter“ über Oesterreich. (W.B.) Washington, 19. Okt. Reuter meldet: Folgendes ist der Text der Antwort der Vereinigten Staaten auf die österreichisch-ungarische Note vom 4. Oktober, die in Amsterdam und anderswo am 5. und 6. Oktober veröffentlicht wurde, wie sie vom Staatsdepartement durch den schwedischen Gesandten in Washington an den Minister des Innern von Schweden gerichtet wurde: Staatsdepartement, den 18. Oktober 1918. Mein Herr! Ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer Note vom 7. ds. Ms. zu bestätigen, worin Sie eine Mitteilung der kaiserlichen und königlichen Regierung von Oesterreich-Ungarn an den Präsidenten übermitteln. Ich habe jetzt den Auftrag vom Präsidenten, Sie zu erfragen, so freundlich zu sein, durch Ihre Regierung der kaiserlichen und königlichen Regierung folgende Antwort zukommen zu lassen:

Der Präsident hält es für seine Pflicht, der österreichisch-ungarischen Regierung zu erklären, daß er den gegenwärtigen Vorschlag dieser Regierung wegen gewisser Ereignisse von größter Bedeutung, die seit Abgabe seiner Adresse vom 8. Oktober sich ereigneten und politischerweise die Haltung und die Verantwortlichkeit der Regierung der Vereinigten Staaten ändern, nicht in Betracht ziehen kann. Unter den 14 Friedensbedingungen, die der Präsident damals formulierte, kam folgende vor: Den Völkern Oesterreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir geschützt und geschützt zu sehen wünschten, sollte die freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung gewährt werden. — Seit dieser Sach geschrieben und vor dem Kongress der Vereinigten Staaten ausgesprochen wurde, hat die Regierung der Vereinigten Staaten anerkannt, daß der Kriegszustand zwischen den Tschecho-Slowaken und dem Deutschen und Oesterreich-ungarischen Reich besteht, und daß der tschecho-slowakische Nationalrat eine de facto kriegführende Regierung ist, die mit entsprechender Autorität ausgestattet ist, die militärischen und politischen Angelegenheiten der Tschecho-Slowaken zu leiten. Sie hat auch in der weitestgehenden Weise der Gerechtigkeit der nationalen Aspirationen der Jugoslawen nach Freiheit anerkannt. Der Präsident verfügt deshalb nicht länger über die Freiheit, die bloße Autonomie dieser Völker als eine Grundlage für den Frieden anzuerkennen, sondern er ist gezwungen, darauf zu bestehen, daß sie und nicht er Nichter darüber sein sollen, welche Aktion auf Seiten der österreichisch-ungarischen Regierung ihre Aspirationen und ihre Auffassung von ihren Rechten und ihrer Bestimmung als Mitglieder der Familie der Nationen befriedigen wird.

Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner höchsten Wertschätzung Gezeichnet: Robert Lansing.

### Unabhängigkeitserklärung der tschechisch-slowak. Nation.

\* Washington, 19. Okt. (Reuter.) Der tschechisch-slowakische Nationalrat erklärte formell die Unabhängigkeit

der tschechisch-slowakischen Nation. Das Dokument, in dem die Losagung von Habsburg erklärt wird, wurde in Paris veröffentlicht und Wilson zugestellt.

### Die Lebensmittelzurückhaltung als Kampfmittel gegen die Deutschen in Oesterreich.

(W.B.) Wien, 20. Okt. Die Blätter besaßen sich mit der Montag nachmittag bevorstehenden Bildung einer deutschen Nationalversammlung im Sitzungssaal des niederösterreichischen Landeshauptes in Wien, welche die Grundlagen der politischen Zukunft des deutschen Volkes in Oesterreich schaffen soll. Als die dringendste Aufgabe der Nationalversammlung bezeichnen die Blätter jedoch die Sicherstellung der Lebensmittelversorgung für die Deutschen in Wien und im übrigen Oesterreich, da als erste Folge der Bildung des österreichischen Bundesstaats die ernstesten Schwierigkeiten für die Deutsch-Oesterreicher in dieser Hinsicht beizubringen werden. Die Lebensmittelversorgung sei zu einem nationalen Kampfmittel geworden und schon stöde die Lebensmittelzufuhr aus Böhmen, Mähren, Ungarn, Galizien, ohne welche Deutsch-Oesterreich nicht leben könne. Aus dem gleichen Anlaß berief daher Bürgermeister Weiskirchner gestern nachmittag nach Rücksprache mit dem Ernährungsminister Paul die Obmännerkonferenz des Gemeinderats zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, worin beschlossen wurde, an den deutschen Nationalrat die Bitte zu richten, sich in erster Linie mit der Ernährungsfrage zu befassen, zu welchem Zweck sich auch ein aus 30 Mitgliedern des Gemeinderats bestehender Ernährungsausschuss mit dem Ernährungsminister des deutschen Nationalrats in Verbindung setzen soll.

### Der Zusammenschluß der Deutschen in Oesterreich.

(W.B.) Wien, 19. Okt. Täglich finden jetzt in den von den Deutschen besetzten Teilen Oesterreichs Kundgebungen der deutschen Volksräte, von außerpolitischen, wirtschaftlichen, deutsch-österreichischen Körperschaften und Vereinen statt, worin grundsätzlich die Forderung nach einem uneingeschränkten Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes in Oesterreich und der festen Zuversicht auf einen dauernden innigen Zusammenhang mit dem deutschen Reich Ausdruck gegeben wird. Aus Dux in Böhmen melden die Blätter, daß nach dem Bericht des Abgeordneten Knirsch in der Versammlung der deutschen Arbeiterpartei die Tschechen nichts unversucht lassen wollen, ihren Staat auch auf die deutschen Gebiete der Sudetenländer auszudehnen. Als besonderes Druckmittel wollen die Tschechen die Verhinderung der Lebensmittelzufuhr an die Deutschen benützen. Da die Warenorganisation vor allem Sache der Deutschen Böhmens ist, wird neben der großen deutsch-österreichischen Nationalversammlung auch die Nationalversammlung der Deutschen in Böhmen zusammentreten und die erforderlichen Schritte gegen eine geplante Unterbindung der Lebensmittelkontrolle einleiten. Das deutsche Volk in Böhmen kann aus der Einmütigkeit aller seiner Abgeordneten die Zuversicht schöpfen, daß keine Macht es von dem großen deutschen Volkskörper loszureißen vermag.

### Die französischen Sozialisten gegen den Eroberungsgeist.

(W.B.) Bern, 18. Okt. Der sozialistische Deputierte Varenne teilt im „Evenement“ mit, daß die sozialistische Kammergruppe zu einer außerordentlichen Sitzung von der neuen Parteileitung auf gestern einberufen war zwecks Erörterung der Antwortnote Wilsons, mit der die neue Mehrheit nur teilweise einig geht. Varenne hofft, daß die neue Kammergruppe sich nicht von dem Standpunkte der neuen Minorität beeinflussen, sondern wie früher vollkommen auf Wilsons Grundlage bleiben werde.

### Einräumung des vollständigen Selbstbestimmungsrechts gegenüber Litauen.

(W.B.) Berlin, 20. Okt. Gestern nachmittag empfing der Reichskanzler das Präsidium der litauischen Konferenz, das ihm die Wünsche des litauischen Volkes für die Neugestaltung des litauischen Staates vortrug. Prinz Max von Baden machte den Herren die Mitteilung, daß

das Deutsche Reich dem litauischen Volk selbst die Regelung seiner Regierung und seiner Beziehungen zu den Nachbarvölkern überlasse. Es liege nicht in der Absicht der Reichsleitung, selbständig eine Entscheidung über die Grenzen Litauens und Polens zu treffen. Ebenso sei beabsichtigt, die geschehene Gewalt einer eigenen litauischen Regierung zu übertragen. Es werde Sache der Litauer sein, diese vorläufige Regierung unter Hinzuziehung aller Schichten und Nationalitäten der Bevölkerung zu bilden. Die von der deutschen Regierung verheißene Umwandlung der Militär- in eine Zivilverwaltung sei bereits in die Wege geleitet. Obwohl die Reichsleitung den Wunsch habe, die gesamten deutschen Truppen sobald als möglich aus Litauen zurückzuführen, sei sie bereit, den vielfach aus dem Lande geäußerten Wünschen zu entsprechen, Truppen und Verkehrsmittel einzuweisen im Lande zu belassen. Der vorläufigen litauischen Regierung werde die Schaffung einer Militär- und Polizeitruppe obliegen.

**Die angeblichen Friedensbemühungen Wilsons vor Beginn des uneingeschränkten U-Bootkrieges.**

Frankfurt a. M., 19. Okt. Der „Frankfurter Zeitung“ wird von einer Bethmann-Hollweg naheliegenden Seite zu dem Artikel des volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Schulze-Gäbernik u. a. geschrieben: In Wirklichkeit trugen sich die Dinge in jenen kritischen Tagen folgendermaßen zu: In den auf die Senatsbotschaft (22. Januar 1917) folgenden Tagen ließ Wilson Bernstorff durch einen Vertrauensmann sagen, der Präsident wolle sich erneut bemühen, den Frieden zu Stande zu bringen. Für diesen Zweck werde es von besonderer Wichtigkeit sein, Genaueres über die deutschen Friedensbedingungen zu erfahren. Das Telegramm Bernstorffs hierüber ging in Berlin am 28. Januar ein. Damals war der uneingeschränkte U-Bootkrieg bereits beschlossen und alle Vorbereitungen für seinen zum 1. Februar festgesetzten Beginn getroffen. Ein Gegenbefehl war eine technische Unmöglichkeit. Bernstorff wurde umgehend hiervon verständigt und beauftragt, der amerikanischen Regierung bei der Uebergabe der Antwort zu sagen, daß die deutsche Regierung Wilsons Absicht aufs wärmste begrüße und zur Förderung dieser Absicht die Friedensbedingungen dem Präsidenten zur persönlichen Information bekannt gebe. Das Friedensprogramm wurde in dem Telegramm an Bernstorff eingehend entwickelt. Bernstorff wurde ferner beauftragt, Wilson zu sagen, daß der uneingeschränkte U-Bootkrieg aus technischen Gründen nicht abgeköpft werden könne, daß aber die Reichsregierung bereit sei, Befehl zur Einstellung des U-Bootkrieges zu geben, sobald es Wilson gelungen sei, eine erfolgversprechende Grundlage für die Friedensverhandlungen zu sichern. Die amerikanische Regierung beantwortete trotz dieser Mitteilungen die Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootkrieges

**Ämtliche Bekanntmachungen.**

Die Inhaber und Leiter der Rüstungsbetriebe, sowie aller derjenigen Betriebe, welche Schwer- und Schwerstarbeiter beschäftigen, werden nochmals an die rechtzeitige Vorlage der Listen über Rüstungs-, Schwer- und Schwerstarbeiter erinnert.

Nach dem 23. d. Mts. eintommende Listen können nicht mehr berücksichtigt werden. Rgl. Oberamt: Calw, den 19. Okt. 1918. H. Dr. Bläicher, A.-B.

**Ersatz für Fleisch in der 4. fleischlosen Woche.**

Nach Anordnung des Kriegsernährungsamts ist auch in der 4. fleischlosen Woche vom 21.—27. Oktober d. J. der Ersatz für die entfallende Fleischmenge in Mehl zu geben, und zwar erhält die

fleischverfürungsberechtigte Bevölkerung pro Kopf und Woche einschließlich Kinder unter 6 Jahren 185 Gramm Mehl.

Den Schultheißenämtern gehen zu diesem Zweck kommenden Montag besondere Bezugsmarken zur Ausgabe an die fleischverfürungsberechtigte Bevölkerung zu. In Gemeinden, in welchen Lebensmittelkarten oder Bücher eingeführt sind, wird es diesen freigestellt, die Maßstrecke von 185 Gramm auf diese auszugeben, wobei die Selbstverfürer zu veranlassen wären, ihre entsprechenden Marken unverwehrt der Kartenaussgabestelle abzuliefern. Calw, den 18. Oktober 1918.

R. Oberamt: Dr. Bläicher, A.-B.

mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Der Vorwurf der Zweideutigkeit gegen die deutsche Politik kann daher nicht aufrechterhalten werden. Ebensovienig berechtigt ist der gleichfalls erhobene Vorwurf, daß die politische Leitung andere entscheidende Instanzen nicht unterrichtet habe. Selbstverständlich war die politische Leitung auch über diese Vorgänge mit den militärischen Stellen in dauernder Fühlung. Dieser Depeschewechsel ist im vollen Wortlaut auch den Mitgliedern des Hauptauschusses des Reichstages am 31. Januar 1917 in einer Geheim Sitzung mitgeteilt worden.

In letzter Zeit machte eine Veröffentlichung des Reichstagsabgeordneten Schulze-Gäbernik großes Aufsehen, der auf Grund der politischen Vorgänge vor Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges die Behauptung aufstellte, Wilson habe noch kurz vor der Eröffnung des U-Bootkrieges Frieden vermitteln wollen, sei aber durch die deutschen Maßnahmen dann vor den Kopf gestoßen worden. Auf diese Behauptung antwortet nun in der „Frankf. Ztg.“ eine Bethmann-Hollweg naheliegende Seite, daß man Wilson zugesagt hatte, den U-Bootkrieg wieder einzustellen, wenn er eine erfolgversprechende Grundlage für Friedens-

verhandlungen herzustellen vermöge. Statt sich nun zu bemühen, brach Wilson die Beziehungen zu Deutschland ab. Wenn Wilson den redlichen Willen zur Friedensvermittlung gehabt hätte, so hätte er schon lange vorher dafür sorgen können, daß die Alliierten Frieden schließen. Er hätte nur die Munitionsendungen verbieten brauchen und die sonstigen Unterstützungen der Entente seitens der amerikanischen Industrie und Finanzwelt. Und er hätte überhaupt den U-Bootkrieg vermeiden können, wenn er auf dem Recht der freien neutralen Handelschiffahrt bestanden hätte. Er hätte auch anlässlich des deutschen Friedensangebots im Dezember 1916 dazu Zeit gehabt. Aber Wilson wollte nicht in objektiver Weise vermitteln, sondern nur der Entente dienen. In der Zeit, in der er „vermittelt“ hätte, wären die Alliierten noch recht versorgt worden. Das scheint uns der ganze Grund der Wilsonschen Aktion gewesen zu sein. Die Schriftleitung.

**Die Lage auf den Kriegsschauplätzen.**

**Die amtlichen deutschen Meldungen.**

(W.W.) Großes Hauptquartier, 19. Okt. (W.W.) W. W. licher Kriegsschauplatz: Zwischen Brügge und der Yser wiesen wir mehrfach feindliche Angriffe ab. Nordöstlich von Cortrik warfen wir Teile des Gegners, die sich bei den letzten Kämpfen noch auf dem Ostufer der Yser hielten, über den Fluß zurück. Südwestlich von Cortrik wurden Uebergangversuche vereitelt. Ostlich von Lille und Douai war der Feind gegen die Linie der Fier-Templateuve-Fliènes-Marquette gefolgt. Zwischen Le Cateau und der Oise dauerten die heftigen Angriffe des Gegners an. Südöstlich von Le Cateau drang er bis Bazuel, im Walde von Audigney bis an den Südrand von Wagny vor. An der übrigen breiten Angriffsfront ist der Ansturm des Feindes vor und in unserer vordersten Linie gescheitert. Bazuel wurde im Sturm wieder genommen. Bei und südlich von Aisoville kämpfende Truppen schlugen auch gegen alle Angriffe des Feindes ab. In den Abendstunden und während der Nacht setzten wir hier unsere Linie vom O. An der Oise sind bei und nördlich von Aisoville erneute Versuche des Gegners gescheitert. An der Aisoville-Linie setzte der Feind seine bei Oisy und Grandpre fort und behnte sie über Bouziers nach Norden bis Boucy aus. Bei Boucy und bei Balaise saßte er auf dem östlichen Aisoville Fuß. Seine Versuche, unter starkem Feuerbeschuss auf den Höhen östlich der Aisoville weiter vorzudringen, wurden durch Gegenstoß vereitelt. Zwischen Oisy und Grandpre sind erneute französische und amerikanische Divisionen vor unserer Linie gescheitert. Weidenseits der Maas verlief der Tag bei Störungsfeuer und kleineren Infanteriegefechten.

Der erste Generalquartiermeister Ludendorff.

# Reichstag und Regierung über die Sicherheit der Kriegsanleihen.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts, Graf von Roeder, hatte mit Parteiführern des Reichstages eine Aussprache über die Kriegsanleihe. Es waren mit dem Reichstagspräsidenten Fehrenbach, vom Zentrum die Abgeordneten Gröber und Trimborn, von den Sozialdemokraten die Abgeordneten Eberl und Scheidemann, von den Konservativen die Abgeordneten Graf von Westarp und Dietrich, von der Fortschrittlichen Volkspartei die Abgeordneten Wemer und Fischbeck, von den Nationalliberalen die Abgeordneten Stresemann und Litz, von der Deutschen Fraktion die Abgeordneten Freiherr von Camp und Schulz-Dromberg erschienen.

**Der Staatssekretär des Reichsschatzamts erklärte u. a. folgendes:**

„Man fragt nach der Sicherheit der Anleihen. Die Anleihen sind gesichert, formell durch das Versprechen von Regierung und Reichstag; materiell durch das, was hinter ihnen steht, die Arbeits- und Steuerkraft des ganzen deutschen Volkes. Treffend hat man die deutsche Kriegsanleihe als eine Hypothek auf unser Volksvermögen bezeichnet. Unser Volksvermögen steht in der Hauptsache noch unangelaftet da.

Das deutsche Volkseinkommen bietet eine Gewähr dafür, daß auch der Zinsendienst der Kriegsanleihen gesichert ist. Bundesrat und Reichstag sind gewillt, den eingegangenen Verpflichtungen gerecht zu werden, insbesondere für Deckung der Kriegsanleihezinsen in voller Höhe Sorge zu tragen.

Bei allen Steuern, die noch kommen, wird der Besitzer von Kriegsanleihe nicht schlechter gestellt werden wie der, der seiner Pflicht zur Zeichnung in dieser schweren Zeit nicht nachgekommen ist. Ich trete sogar dafür ein, daß derjenige, der sein Vaterland in schwerer Zeit finanziell nicht im Stiche gelassen hat, bevorzugt werden soll.

Die Kriegsanleihe ist eine Volksanleihe im besten Sinne des Wortes geworden, sie ist bereits jetzt in den Händen von Millionen zum großen Teil wenig bemittelter deutscher Reichsangehöriger, sie bildet den Grundstock des Vermögens ungezählter Sparkassen, Genossenschaften, wohlthätiger Stiftungen, die unseren Armen dienen. Und weil das der Fall ist, würde kein Parlament und keine Regierung es wagen können, durch gesetzliche Maßregeln an der Sicherheit ihres Zinsertrages zu rühren.“

**Die Parteiführer des Reichstages**

erklärten ihre volle Uebereinstimmung mit der Auffassung, daß es weiter für Reichstag und Reichsregierung erste Pflicht sein muß, den Zinsendienst der Kriegsanleihen in zugefügter Höhe mit allen Mitteln sicherzustellen, und daß der Besitzer von Kriegsanleihe bei allen steuerlichen und sonstigen Maßnahmen keine Benachteiligung, vielmehr nach Möglichkeit eine Begünstigung erfahren soll. Für die Durchführung dieses Bestrebens bürgt schon die Tatsache, daß unsere Anleihen Volksanleihen im besten Sinne des Wortes sind, die sich zum größten Teil in den Händen von Millionen wenig begüterter Volksgenossen befinden.

Staatssekretär des Reichskriegsministeriums Graf Noeder n über die Kriegsanleihe:

Ob Krieg, ob Frieden, die Zeichnung der Kriegsanleihe bleibt in jedem Falle das wichtigste Gebot der Stunde.

[Handwritten signature]

Weitere Räumungen in Flandern. Starke feindliche Angriffe abgewiesen.

(W.A.) Großes Hauptquartier, 20. Okt. (Amst.) Westlicher Kriegsschauplatz: In Flandern haben wir in Fortführung der am 18. Okt. gemeldeten Bewegungen Brügge, Thielt und Kortrijk geräumt und neue Stellungen bezogen. Vor diesen fanden lebhafteste Vorstoßkämpfe statt. Am Abend stand der Feind südöstlich von Sluis an der belgisch-holländischen Grenze, westlich von Maldegem-Ursel, bei Poete und Marlegem. Nordöstlich von Kortrijk rief er mit Teilen über die Lys vor. Südlich von Kortrijk hat er die Straße Kortrijk-Tournai erreicht und war beiderseits von Douai bis östlich der Linie Orchies-Marchiennes gefolgt.

An der Schlachtfeldfront zwischen Le Cateau und der Dife trat gestern eine Kampspause ein. An unseren Linien an Sambredifekanal und an der Dife stehen wir in Gefechtsfähigkeit mit dem Gegner.

Der Serre- und Souche-Abschnitt war tagsüber das Ziel harter feindlicher Angriffe. Der nordöstlich von La Fere auf dem nördlichen Serreufer zum Angriff vordringende Feind wurde im Feuer und im Nachkampf abgewiesen. Ebenso scheiterten südlich von Crecy mit harter Kräfte geführte Angriffe, im Gegenstoß sächsischer Bataillone. An der Straße Laen-Marle sah die Gegner in kleinen Teilen unserer Stellung Fuß. Beiderseits der Souche-Niederung wurde er nach heftigen Kämpfen abgewiesen. Auch auf dem Nordufer der Aisne griff der Feind nach harter Artillerievorbereitung an und drängte nordöstlich von St. Germainmont unsere Vorposten etwas zurück.

An der Aisnefront zwischen Attigny und Dizy nimmt die Gefechtsfähigkeit des Gegners zu. Beiderseits von Vouziers fehlte er sich bei erneuten Angriffen auf den Höhen am östlichen Aisneufer fest. Der Kommandeur der 199. Infanteriedivision Generalleutnant v. Puttkammer brachte durch persönliches Eingreifen den feindlichen Angriff auf den Höhen östlich von Bandy zum Stehen. Zwischen Dizy und Grandpre wiesen lothringische, schleswig-holsteinische Regimenter und Jägerbataillone erneute heftige Angriffe des Gegners vor unseren Linien ab. Auf beiden Ufern blieb die Gefechtsfähigkeit auch gestern auf Stützpunkten beschränkt.

Südöstlicher Kriegsschauplatz: Am Bulovik, nordwestlich von Alessinae wurden feindliche Angriffe abgewiesen. Bajecar im Timol-Tal wurde vom Gegner besetzt.

Der erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Sonderbericht der Heeresgruppe Herzog Albrecht. Keine besonderen Ereignisse.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Die gestrige Abendmeldung.

(W.A.) Berlin, 20. Okt. abends. (Amst.) Westlich von Kortrijk dauern heftige Kämpfe an. Beiderseits von Solesmes und Le Cateau sind auf breiter Front starke Angriffe des Feindes gescheitert. Erfolgreiche Teilkämpfe im Serreabschnitt und auf den Höhen westlich der Aisne. Westlich von Vouziers sind feindliche Angriffe abgewiesen.

Nur militärische Berührungen.

(W.A.) Amsterdam, 19. Okt. Das Haager Blatt „Het Vaderland“ bringt folgende Meldung: Ein hier aufgefangenes drahtloses Telegramm besagt: An alle Heeresgruppen der Westfront! Ich verweise nochmals auf die durch mich und den Generalquartiermeister wiederholt gegebenen Befehle, daß bei der Räumung besetzten Gebiets lediglich militärische Zerstörungen ausgeführt werden dürfen, die durch die Kriegshandlungen notwendig sind. Hindenburg.

Stadtschultheißenamt Calw.

Die auf Buttermarke Nr. 3 bestellte

Butter

kann gekauft werden.

Calw, den 21. Oktober 1918.

Stadtschultheißenamt. H. B. Dreiß.

Calw.

Bestellungen auf Deckreißig

werden bis 24. Oktober 1918 bei der Stadtpflege entgegengenommen. 50 Pfg. für das Bund sind bei der Bestellung zu entrichten.

Den 19. Oktober 1918.

Stadtpflege: Frey.

Die Zerstörung französischer Städte durch die Ententeartillerie.

(W.A.) Berlin, 20. Okt. Denain wurde am 18. Okt. von den Engländern mit allen Kalibern beschossen. Schweres Feuer lag besonders auf dem Bahnhof und der Rue de Billers. 10 Einwohner wurden getötet oder verwundet. Die Stadt Le Quesnoy lag am 18. Okt. abermals unter französischer Artilleriefeuer. Am 18. Okt. beschoss der Feind ferner Origny mit schwerstem Kaliber. Der Ort St. Ferguez (nördlich von Rethel) wurde gleichfalls am 18. Okt. von feindlicher Artillerie beschossen.

Der französische Bericht von der Balkanfront.

Französischer Orientbericht vom 17. Oktober: Die Bewegungen der verbündeten Truppen im nördlichen Serbien und an der Grenze von Montenegro verlaufen weiter unter den vorgesehenen Bedingungen. Der Feind bewarft die serbischen Städte Nisch und Prokuplje mit Bomben.

Bermischte Nachrichten.

Der englische Menschheitsgeist.

(W.A.) Berlin, 19. Okt. Ueber das empörende Verhalten englischer Seeleute gegen die Besatzung eines versenkten U-Bootes legt der nachstehende dienstliche Bericht bezeichnendes Zeugnis ab. Nach dem Sinken des U-Bootes dampften mehrere englische Bewachungsfahrzeuge und Zerstörer auf die Unfallstelle zu. Als sie festgestellt hatten, daß das U-Boote gesunken war, drehten sie sofort ab, obwohl sie die im Wasser mit dem Tod ringende Besatzung des U-Bootes deutlich sahen. Ein Zerstörer fuhr in nächster Nähe vorbei, ohne sich um die Ertrinkenden zu kümmern. Das geschah bei voller Tageshelle. Erst um halb 12 Uhr nachts näherte sich wiederum derselbe Zerstörer und setzte ein Rettungsboot aus. 9 Mann der U-Bootebesatzung waren inzwischen ertrunken. Als der U-Bootekommandant an das Boot heranschwamm, wurde er gefragt wer er sei. Auf seine Antwort, der Kommandant des U-Bootes hin erhob der Matrose sein Ruder gegen ihn und drohte ihn zu erschlagen. Als er sich weigerte in das Boot zu schwimmen, ließ der Mann das Ruder sinken. Die englischen Matrosen versuchten nun, die Ueberlebenden des U-Bootes in der Weise zum Bruch der Dienstverschwiegenheit zu veranlassen, daß sie die zu Tode Ermatteten mehrfach unter Wasser tauchten, wieder hoch hoben und ihnen dann Fragen stellten. Mit dieser unmenschlichen Folter wollte man offenbar erreichen, daß die Leute in ihrer Todesangst militärisch wichtige Angaben machten. An Bord des Zerstörers leugnete der Kommandant, die Schiffbrüchigen im Wasser gesehen zu haben. Ein Mann der Besatzung sagte jedoch aus, man habe sie sehr wohl gesehen, aber der Kommandant habe erst seine Ausklärungsfahrt beenden wollen. Der U-Bootekommandant wurde darauf an Bord eines englischen Kreuzers gebracht, dessen Kommandant ihm sagte: „Sie wissen, ich bin berechtigt, Sie zu erschließen, zu erschlagen oder sonstwie ums Leben zu bringen. Das werde ich auch tun. Aber Sie können ihr Geschick dadurch abwenden, daß Sie uns Auslagen machen. Wenn Sie uns wichtige Auslagen machen, sind wir auch bereit, Sie eventuell zu entschädigen.“ Daran schloß er die Frage nach mehreren dienstlich wichtigen Gegenständen. Als der U-Bootekommandant erwiderte, es sei doch wohl nicht üblich, einen Offizier zum Verrat zu veranlassen, wurde er in einen Raum neben der Maschine geschickt, der keinerlei Ventilation hatte. In diesem Loch wurde er tagelang gefangen gehalten.

Abkündigung des Handelsverkehrs zwischen den nordbischen Ländern und der Ukraine.

(W.A.) Kiew, 19. Okt. Zeitungsmitteilungen zufolge traf in Kiew eine finnische Delegation ein, um den Warenverkehr zwischen Schweden, Norwegen, Finnland und der Ukraine anzubahnen. Die Delegation bietet gegen Getreide und Zucker aus der Ukraine schwedische landwirtschaftliche Maschinen und Papierwaren an.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 21. Oktober 1918.

Schwäbische Helden.

Sergeant Karl Schnierle

vom Feldart.-Regt. Nr. 238 aus Rentheim (W. Calw).

In unerlöschlicher Ruhe!

(Kr. M.) Schöne, ganz besonders heroische Taten vollbrachte Sergeant Schnierle in den vier Kriegsjahren. Als Richtkanonier, Geschützführer und Munitionsunteroffizier tat er überall voll und ganz seine Pflicht. In der „Großen Schlacht in Frankreich“ erwarb er sich durch Unerschrockenheit und Zuverlässigkeit das unumstößliche

Zur Aufklärung.

Wenn unsere Söhne und Brüder in Rauch, Gas und Nebel ihr Blut opfern, um die teure Heimat vor dem Eindringen fremder und farbiger Völker zu schützen, so ist diesen unbegrenzter Dank zu zollen. Wir können aber diesen Dank nicht besser zum Ausdruck bringen, als daß wir auch ein Opfer bringen und dieses Opfer heißt

Kriegsanleihe zeichnen!

Es ist aber damit nicht gesagt, daß das, was wir zeichnen, in dem Sinne geopfert wird, daß es versenkt oder später wertlos wäre. Ganz und gar nicht. Das Reich zahlt den schönen Zins von 5 Prozent. Für die Reichs- oder Kriegsanleihe haftet das ganze Reich; jeder einzelne mit seiner Steuerkraft, jedes Vermögen, jede Fabrik, dann die Wälder, Bahnen und Bergwerke. Es ist vollständig ausgeschlossen, daß diejenigen an Kapital oder Zins geschädigt werden, welche dem Reich ihre Spargelder zur Verfügung gestellt haben.

Glaube doch niemand, daß Banknoten sicherer oder besser wären, als Reichsanleihe. Deshalb heraus mit den Banknoten, die in der Brieftasche oder in den Schubladen aufbewahrt sind, keinen Zins tragen und höchstens gestohlen werden. Alles muß arbeiten, also soll auch das Geld arbeiten, und dies kann es nur, wenn es angelegt ist, sei es in den Sparkassen oder bei den Banken; am besten und rentabelsten ist es aber in 5prozentiger Reichsanleihe angelegt.

Es ist Unsinn zu glauben, der Krieg höre auf, wenn nicht gezeichnet werde. Das Gegenteil ist eher richtig. Unsere Gegner müssen sehen, daß die innere Kraft Deutschlands ungebrochen ist, und daß die Bürger, die ihrem Beruf und Verdienst nachgehen können, fest entschlossen und auch in der Lage sind, zu zahlen, was das Heer gebraucht.

Drum geht erst recht Kriegsanleihe gezeichnet!

Paul Georgii.

Vertrauen der Vorgesetzten. Vor allem ist sein Verhalten in den Kämpfen Ende Mai erwähnenswert. Ein Vortreiber tötete den Batterieführer, sowie einen Kanonier und beschädigte ein Geschütz. Da gleichzeitig die in der Nähe liegende Munition in Brand geriet, drohte unabsehbarer Schaden zu entstehen. Schnierle zeigte sich indes dieser gefährlichen Lage gewachsen. Im Feuerregen eilt der Tapfere an den Brandherd und rasst nicht, bis die züngelnde Flamme durch Erde erstickt ist. Aber noch nicht genug! Auch das Geschütz steht er instand, so daß es bald mit wirksamem Feuergruß dem zu früh triumphierenden Gegner bezeugt, daß es noch lebe.

Es bedurfte nicht erst eines Befehls bei dem Braven. Freiwillig hat er sich zu all seinen Heldenthaten gemeldet und die schöne Auszeichnung — goldene Militärverdienstmedaille —, die nun seine Brust ziert, wird ihm der liebste Lohn dafür gewesen sein.

Das Eisene Kreuz.

Schühe Michael Keppler, Sohn des Ulrich Keppler von Emberg, hat das Eisene Kreuz erhalten. — Philipp Seeger von Holzbrunn erhielt neben der Silberverdienstmedaille das Eisene Kreuz 2. Klasse.

Amnestie für politische Vergehen.

Der König hat den Justizminister beauftragt, solche Personen, die von den Zivilgerichten des Landes wegen politischer Verbrechen und Vergehen, insbesondere wegen Straftaten aus Unruhe oder Gelegenheit von Streiks, Straßendemonstrationen, Lebensmittelunruhen und ähnlichen Ausschreitungen zu Strafen verurteilt sind, in weitem Umfang zur Begnadigung vorzuschlagen.

Die Gasstörre

verursacht eine empfindliche Beeinträchtigung der Ausgestaltung des redaktionellen Teils unserer Zeitung. Infolge der Stilllegung unserer Schreibmaschinen sind wir nicht mehr wie bisher in der Lage, die morgens einlaufenden neuesten Nachrichten in einem zusammenfassenden Artikel ausführlich zu besprechen, sondern werden die Besprechung größtenteils auf den nächsten Tag verschieben müssen. Wir ersuchen deshalb um Nachsicht unseres Leserkreises im Hinblick auf die Verhältnisse, deren Veränderung nicht in unserer Macht liegt.

Auch Sonderausgaben des deutschen Heeresberichts oder bedeutsamer Nachrichten können wir von heute ab nur noch an unserer Geschäftsstelle anschlagen.

Für die Schriftl. verantwortl. Otto Seltmann, Calw. Druck und Verlag der A. Dellschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Stadtschultheißenamt Calw.

Gemäß Beschlußes des Gemeinderats sollen für diejenigen wahlberechtigten Bürger, welche z. Bt. im Heeres- usw. Dienst stehen

Urlaubsgesuche zur Stadtschultheißenwahl

eingereicht werden.

Die Gesuche werden auf Grund der Wählerliste am nächsten Mittwoch, den 23. ds. Mts. nachmittags von 4 bis 5 Uhr auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 12 (Eingang durch das Partiejimmer) an die Angehörigen der betr. Wahlberechtigten ausgegeben. Ich bitte aber keine Kinder zu schicken, sondern nur Erwachsene, welche über Adresse usw. die erforderliche Auskunft geben können.

Calw, den 21. Oktober 1918.

Stadtschultheißenamt. H. B. Dreiß.

14 Am. buch. u. tann.

Brennholz

hat zu verkaufen

Stefan Storz, Röhrenhardt.

Einen noch guterhaltenen

Kinderwagen

hat zu verkaufen. Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Statt Karten.  
**Walter Steinl**  
**Lise Steinl**  
 geb. Brock  
 Vermählte  
 Calw-Stettin Oktober 1918.

**Bekanntmachung**  
 des  
**Stellv. Generalkommandos XIII. (R. W.) Armeekorps,**  
 betreffend Verbot des Auslandsversandes  
 von Zeitungen und Zeitschriften mit Anzeigen.

Auf Grund des § 9 b des pr. Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 in Verbindung mit Artikel 68 der Reichsverfassung und dem Reichsgesetz vom 11. Dezember 1915 bestimme ich:  
 Periodische Druckschriften sind vom 1. November 1918 ab während der ersten zwei Wochen nach dem Erscheinungstage nur ohne Anzeigenteil oder mit völlig unleserlich gemachten Anzeigen zum Auslandsverland zugelassen. Als Anzeigen in diesem Sinne gelten alle nicht unter Verantwortung der Redaktion erscheinenden Veröffentlichungen, wie z. B. in Verbindung mit Anzeigen eingesandte sogenannte redaktionelle Notizen. Ausgenommen sind:

1. Anzeigen amtlicher Stellen und öffentlich-rechtlicher Korporationen Deutschlands und der mit ihm verbündeten Staaten.
2. Geschäftsberichte, Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen und Emissionsprospekte handelsgerichtlich eingetragener Firmen.
3. Anzeigen, deren Annahme mindestens 14 Tage vor dem Ausgabetermin der Druckschrift erfolgt ist; diese Anzeigen aber nur, wenn sich auf der betreffenden Seite überhaupt keine ausfuhrverbotene Anzeige — vergl. auch 1 und 2 — befindet und dies durch ein eingedrucktes Zeichen in der rechten oberen Ecke der betreffenden Seite kenntlich gemacht ist. **A**

Zur Ermöglichung einer Nachprüfung der Einhaltung der 14-tägigen Frist zwischen Anzeigenannahme und Ausgabe ist von den in Betracht kommenden Anzeigen eine Abschrift der Presseabteilung des Stellv. Generalkommandos, Stuttgart, Jägerstr. 11, vorzulegen. Die 14-tägige Frist läuft erst von dem Tag dieser Vorlegung an.

Periodische Druckschriften, bei denen es für alle ihre Anzeigen gewährleistet ist, daß zwischen Annahme und Veröffentlichung der Anzeigen eine Frist von mindestens 14 Tagen liegt, können von der Verpflichtung zur Einreichung der einzelnen Anzeigen befreit werden. Anträge sind an die Presseabteilung des Stellv. Generalkommandos, Stuttgart, Jägerstraße 11, zu richten.

Alle zum unverzüglichen Auslandsversand zugelassenen Ausgaben sind auf der vordersten Seite oder dem Umschlag durch ein oben rechts in der Ecke eingedrucktes Zeichen kenntlich zu machen. **A**

Unberührt bleibt der amtliche Versand, der Feldpostversand, der Versand ins besetzte Gebiet und nach Oesterreich-Ungarn.

Zu widerhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Sind mildernde Umstände vorliegen, so kann auf Haft oder auf Geldstrafe bis zu 1500 M. erkannt werden.

Stuttgart, den 18. Oktober 1918.

Der stellv. kommandierende General:  
 von Schäfer.

**Bekanntmachung**  
 des  
**Stellv. Generalkommandos XIII. (R. W.) Armeekorps**  
 betreffend Veröffentlichung von Anzeigen auf dem  
 Stellenvermittlungsmarkt.

Der Bekanntmachung vom 26. 1. 1917 (Staatsanzeiger v. 29. 1. 17) mit Ergänzungen vom 10. 5. 18 (Staatsanzeiger vom 13. 5. 18) und 23. 8. 18 (Staatsanzeiger vom 24. 8. 18) wird folgende Bestimmung hinzugefügt:

Verboten sind Anzeigen unter Chiffre oder Deckadresse, die  
 a) Gesuche von Firmen enthalten, die Beschäftigung suchen.  
 Stuttgart, den 18. Oktober 1918.

Der stellv. kommandierende General:  
 von Schäfer.

**Bekanntmachung**  
 des  
**Stellv. Generalkommandos XIX. (R. W.) Armeekorps**

Auf Briefen und Postkarten nach dem Ausland hat der Absender seinen Vor- und Zunamen, Wohnort nebst Straße und Hausnummer anzugeben. Briefe und Postkarten, die diesen Vermerk nicht enthalten, werden von der Beförderung ausgeschlossen.

Wer dieser Bestimmung durch falsche Angaben zuwiderhandelt, wird auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand mit Geldstrafe bis zu 1500 M. oder mit Haft oder mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre bestraft.

Stuttgart, den 16. Oktober 1918.

Der stellv. kommandierende General:  
 von Schäfer.

**Verloren**  
 am Freitag von Mosterei Schnürle  
 bis Biergasse

Messing-Hahnen  
 Abgegeben gegen Belohnung bei  
 Schnürle, Mosterei.

Auf 1. November  
**jüngeres Dienst-  
 Mädchen**  
 gesucht.

Ref.-Lazarett Liebenzell.

**Verdienst,  
 Nebenverdienst**

täglich 5, 10, 20 Mk. und mehr  
 Verdienst wird Herren, Damen,  
 Frauen, auch älteren Leuten durch  
 leichte Tätigkeit nachgewiesen. Et-  
 was Kapital erforderlich.

Angebote unter J. W. 160 an  
 die Geschäftsstelle dieses Blattes.  
 — Freimarke beilegen. —

**Dienstboten gesuche**

sind in unserem Blatte  
 stets von Erfolg, da der  
 grösste Teil der Auf-  
 lage auf dem Lande  
 Verbreitung findet. - - -

Zuverlässige

**Putz- u. Waschfrau**  
 für ganze Tage gesucht.

Näheres in der Geschäftsstelle  
 des Blattes.

**Zu mieten gesucht**

auf 1. November 1918

**2-3-Zimmer-  
 Wohnung**

mit Gas, Küche, Keller und sonstigem  
 Zubehör.

Angebote unter Nr. 100 bald-  
 möglichst an die Geschäftsst. d. Bl.

Gut möblierte

**Wohnung**

2 Zimmer mit Küche und Bad in  
 gutem Hause zu vermieten.

Näheres in der Geschäftsstelle  
 des Blattes.

**Die Neuesten  
 Nachrichten**

lesen Sie stets im  
 „Calwer Tagblatt“.

Das

**Herbst = Gras**

von 1 1/2 Morgen  
 im Steckenackerle verkauft  
 Ch. Jourdan, Metzgermstr.

**Bank für Handel und Industrie**  
 (Darmstädter Bank)  
**Niederlassung Pforzheim**

Luisenstrasse 56

Aktienkapital und Reserven 192 Millionen Mark

Niederlassungen an 75 Plätzen Deutschlands

Besorgung aller bankgeschäftlichen Transaktionen.

Calw, den 20. Oktober 1918.

**Todes-Anzeige.**

Tiefbetrübt teilen wir Verwandten, Freun-  
 den und Bekannten die schmerzliche Nachricht mit,  
 daß unsere liebe Mutter, Schwieger-  
 mütter und Großmutter

**Anna Diez,**

geb. Reitenberger,

im Alter von 74 1/2 Jahren von ihren  
 langen Leiden erlöst wurde.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
**Familie Adolf Braun, Flaschnermeister.**

Beerdigung Dienstag Mittag 2 Uhr.

Stammheim, den 21. Oktober 1918.

**Todes-Anzeige.**

Verwandten, Freunden und Bekannten die  
 traurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter Mann,  
 treubeforgter Vater, Sohn, Bruder, Schwager und  
 Onkel



**Karl Koller,**

Mezgermeister, zum „Bären“,

im Alter von 37 Jahren nach treuer Pflichterfüllung  
 im Felde und zweijähriger Krankheit sanft ent-  
 schlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
 die Gattin: Julie Koller mit ihrem Kinde Hedwig.

Beerdigung Montag Nachmittag 2 Uhr.

**Brückenwaagen,  
 Pflüge, Eggen,  
 Cultivatoren,  
 Rübenmühlen und Rübenschneider**  
 empfiehlt  
 Gg. Wackenhuth.

Das „Calwer Tagblatt“  
 kann jederzeit bestellt werden.